

Verwaltung & Management

Zeitschrift für moderne Verwaltung

Öffentliche Aufgaben ■ E-Government ■ Finanzen und Rechnungswesen ■
Führung und Strategie ■ Public Governance ■ Organisation ■ Personalmanagement

Aus dem Inhalt

Hermann Hill

Empfehlungen für die Verwaltungspraxis in
Zeiten von Unsicherheit und Nichtwissen

Benedikt Beckermann

E-Government-Gesetzgebung im Vergleich

Jörn von Lucke

In welcher smarten Welt wollen wir
eigentlich leben?

Juliane Sarnes-Nitu/Isabella Proeller/Jobst Fiedler

Ist die Schuldenbremse überflüssig?

www.verwaltung-management.de

4 | 2018
Juli | August



Nomos

Inhalt

Auf ein Wort...

Empfehlungen für die Verwaltungspraxis in Zeiten von Unsicherheit und Nichtwissen

Hermann Hill

Der Beitrag stellt die überarbeitete Fassung eines Vortrags bei einem Symposium mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Verwaltungspraxis dar. Das Symposium fand am 27./28. September 2017 am Lorenz-von-Stein-Institut in Kiel unter der Leitung von Utz Schliesky und Hermann Hill statt. Der Beitrag enthält eine Zusammenfassung von Empfehlungen für die Verwaltungspraxis zur Rechts- und Handlungsgrundlagen, Instrumenten, Organisation und Führung. Der Tagungsband wird in Kürze in den Schriften des Lorenz-von-Stein-Instituts erscheinen. Das Symposium schloss an eine Tagung mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern am 4./5. Februar 2016 in Speyer an. Dieser Tagungsband mit dem Titel „Management von Unsicherheit und Nichtwissen“, herausgegeben von Hermann Hill und Utz Schliesky, ist im Literaturverzeichnis enthalten.

E-Government-Gesetzgebung im Vergleich

Benedikt Beckermann

Der Beitrag bespricht die E-Government-Gesetzgebung in Bund und Ländern in vergleichender Perspektive. Dabei werden Gemeinsamkeiten und Divergenzen zwischen den Regelungssystemen beleuchtet und diese auf ihre Zweckmäßigkeit hin überprüft. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf durch die Landesgesetzgebung hervorgebrachten Innovationen.

In welcher smarten Welt wollen wir eigentlich leben?

Jörn von Lucke

Nach dem elektronischen Regierungs- und Verwaltungshandeln (Electronic Government) und dem offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln (Open Government) gewinnt mit dem Begriff „Smart Government“ die Nutzung des Internets der Dinge (IoT) und des Internets der Dienste (IoS) zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben an Bedeutung. Neuartige smarte, also intelligent vernetzte Objekte und cyberphysische Systeme (CPS) stellen bisherige Abläufe, Prozesse und Vorgehensweisen grundsätzlich in Frage. Die Kombination von sensorgenerierten smarten Daten mit Apps und Diensten, großen Datenanalysen,

- 160 Anwendungen der künstlichen Intelligenz, kognitiven Diensten und Nudging eröffnet neue Perspektiven für Staat und Verwaltung. Die Rechnernetzwerke der 5. Generation mit ihren Latenzzeiten im Millisekunden- statt im Sekunden- oder im Minuten-Bereich werden ein Verwaltungshandeln nahezu in Echtzeit (Real-Time-Government) ermöglichen. Sind diese technischen Möglichkeiten aber gesellschaftlich wirklich wünschenswert? Führt der technische Fortschritt nicht zwangsläufig in einen Überwachungsstaat, wenn Smart Surveillance erhebliche Einsparpotenziale eröffnet? Welche Handlungsoptionen bestehen, um Vorteile und Chancen für Staat und Verwaltung zu nutzen, ohne in einer smarten Überwachung des Alltags und der freien Gesellschaft zu enden?

Ist die Schuldenbremse überflüssig?

197

Juliane Sarnes-Nitu/Isabella Proeller/Jobst Fiedler

Im Jahre 2009 wurde die so genannte Schuldenbremse eingeführt, die als eine Kernregelung vorsieht, dass die Bundesländer ab 2020 keine neuen Kredite mehr aufnehmen dürfen und die Länderhaushalte ohne Einnahmen aus Krediten zu finanzieren sind. Seitdem haben sich die Finanzierungssalden der Länder positiv entwickelt. Bislang wurde dieser Konsolidierungserfolg aber eher durch makroökonomische Rahmenbedingungen wie Einnahmenwachstum, niedrige Zinsen, geringe Inflation ermöglicht. Die eigentliche Wirkung und Bewährungsprobe für die Schuldenbremse wird sich erst in den kommenden Jahren zeigen.

Wirtschaftlichkeit eines kommunalen Coworking Space

203

Stefanie Miller/Britta Kiesel

Coworking gilt als neue Arbeitsform, die Unternehmensgründungen erleichtert. Ist die Bereitstellung von Coworking Spaces im Rahmen der kommunalen Wirtschaftsförderung sinnvoll und wie lässt sich der einzelwirtschaftliche und gesamtwirtschaftliche Nutzen solcher Aktivitäten beziffern? Am Beispiel der Großen Kreisstadt Schwäbisch Gmünd wird diesen Fragen mit Hilfe verschiedener Verfahren zur Wirtschaftlichkeitsberechnung nachgegangen.

Mitteilungen

213

Impressum

214